

Das Gutachten des Sachverständigenrates für das Jahr 2008

Eine sachliche, aber kritische Analyse

Von Hermann Patzak

Vorbemerkung:

Mit dem Gesetz über die Bildung des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 wurde ein sogenanntes „unabhängiges“ Gremium zur Beratung der Bundesregierung berufen, das sein 1. Jahrgutachten im Januar 1965 vorlegte. Die Zusammensetzung des Gremiums, umgangssprachlich die „fünf Weisen“ genannt, ist in zunehmendem Maß ein Opfer des Parteienproporz geworden, von wirklicher Unabhängigkeit konnte eigentlich nie die Rede sein.

Dieser [Sachverständigenrat](#) hat jetzt, im Herbst 2008, wieder sein „Jahresgutachten vorgelegt“. Die Vorveröffentlichung einiger wesentlicher Ausführungen des Gutachtens¹ sei zum Anlaß genommen, die Erkenntnisse der „unabhängigen Sachverständigen“ einer ersten Analyse zu unterziehen.

Der „wissenschaftliche Rat“ lobt das schnelle Eingreifen des Staates zur Rettung des internationalen Finanzsystems, das einen Zusammenbruch des gesamten Finanzsystems in letzter Sekunde verhindert habe. Doch ein solches Lob gehört eigentlich nicht zu den Aufgaben des Sachverständigenrates! Das Gesetz beauftragt ihn nämlich ganz konkret, „die jeweilige gesamtwirtschaftliche Lage und deren absehbare Entwicklung darzustellen“, so die wörtliche Formulierung.² Dieses Lob bringt allerdings das subalterne Verhältnis des Rates zu seinem Auftraggeber – der Bundesregierung – ans Tageslicht, ganz entgegen der im Gesetz proklamierten Unabhängigkeit.

Was die Folgen der Finanzkrise anbelangt, kommen die Sachverständigen nicht umhin, deutliche Worte zu sprechen: Sie werde in Deutschland zu „einem Wachstumseinbruch, höherer Arbeitslosigkeit und steigenden Haushaltsdefiziten führen“. Weiter wird ausgeführt, „angesichts des gravierenden Schocks im Finanzsystem sei es unvermeidlich, daß auch die Realwirtschaft in Mitleidenschaft gezogen werde“. Diese Erkenntnis ist bemerkenswert, haben doch der erlauchte Kreis der Sachverständigen und auch die für die wirtschaftliche Entwicklung verantwortlichen Politiker dies vor einem Jahr so nicht gesehen, obwohl die Finanzmarktkrise, bereits Ende Juli Deutschland erreicht hatte (KfW-Affäre). Sieht man diese Aussage positiv, so kann man feststellen, daß die Herrschaftseliten dem Druck der Entwicklung jetzt doch ihre Referenz erwiesen haben.

Die Sachverständigen führen weiter aus, daß für Deutschland „aufgrund der ungünstigen außenwirtschaftlichen Bedingungen zumindest kurzfristig mit einer erheblichen Belastung der Realwirtschaft zu rechnen“ ist. Auch das sind ganz neue Töne. Denn bisher hat es immer geheißen, die Deutschen verdanken ihren Wohlstand den hohen Exporten. Jetzt also räumen die Experten doch einmal ein, daß der hohe Anteil der Exporte am Sozialprodukt erhebliche Nachteile haben kann.

Der Rat prognostiziert, daß der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im nächsten Jahr stagnieren wird, daß also das Inlandsprodukt nicht wachsen werde. Doch die Art und

¹ Wörtliche Zitate aus „Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12.11.2008 Seite 11“.

² Vgl. z.B. Vorwort zum 3. Sachverständigengutachten von 1966, Seite V.

Weise, wie die Gutachter ihre Aussage formulieren: „Die Risiken dieser Prognose sind aufgrund der weiterhin hohen Unsicherheit als Folge der Finanzmarkturbulenzen abwärts gerichtet“, ist sehr bemerkenswert: Erstens ist das ein unglaubliches Deutsch, denn Risiken können groß oder klein sein, aber niemals abwärts gerichtet. Doch mit ihrer sprachlichen Fehlleistung bringen die fünf Weisen offensichtlich unbewußt zum Ausdruck, daß die effektiven Risiken, die ihrer Wachstumsprognose zugrunde liegen, in Wirklichkeit größer sind. Das aber heißt, daß 2009 wahrscheinlich ein sinkendes Sozialprodukt, also ein negatives Wachstum zu erwarten ist. Das aber trauen sich die von der Politik bezahlten „Gefälligkeitsgutachter“ nicht offen zu sagen!

Ein weiteres „Glanzlicht wissenschaftlicher Erkenntnis“ setzt der Sachverständigenrat mit seiner Aussage, „positive Impulse auf die Konjunktur könnten von fallenden Rohstoffpreisenausgehen.“ Eine Erkenntnis, die den gleichen Aussagewert wie die Phrase vom „weißen Schimmel“ hat. Und so folgern die fünf Weisen auch, daß infolge der sinkenden Rohstoffpreise die Verbraucherpreise nicht so stark steigen werden, wie im vergangenen Jahr! Und für solche Weisheiten werden diese „Wissenschaftler“ beschäftigt und bezahlt! Letztendlich vom Volk!

Weiter im Gutachten: „Bei weiterhin auf niedrigem Niveau verankerten Inflationserwartungen eröffnen sich somit Spielräume für eine Senkung der Leitzinsen“. Früher nannte man eine derartige Ausdrucksweise „hölzern“ oder „Beamten - Deutsch“. Schaut man genauer hin und überprüft ihren ökonomischen Aussagewert, so muß man feststellen, daß die Aussage auf der unbewiesenen Annahme beruht, daß sinkende Zinsen in jedem Fall, (also auch in der verfahrenen Situation dieser Krise) zu steigender Produktion führen werden. Eine Behauptung, die sich bereits 1929, bei der damaligen Weltwirtschaftskrise, als falsch erwiesen hat. Ob man wohl bei VW oder Daimler-Benz jetzt doch wieder mehr Autos produzieren wird, weil die Zinsen sinken? Nicht einmal die sinkenden Zinsen sind in dem Kalkül sicher, denn die Banken geben ja die Senkung der Notenbankzinsen erfahrungsgemäß nicht in jedem Fall weiter. Vor allem dann nicht, wenn sie knapp bei Kasse sind. Und das sind sie eben jetzt.

Nach längerem Suchen findet man im Gutachten dann doch eine Passage zur jetzigen Wirtschaftskrise, die zumindest teilweise einer wissenschaftlichen Überprüfung standhält. Der Rat hält es für vertretbar, „wenn im nächsten Jahr die öffentlichen Nettoinvestitionen ausgeweitet und durch ein höheres Haushaltsdefizit finanziert werden“. Doch neben Investitionen in die Infrastruktur (Ausbau der Verkehrs- und Informationswege) huldigen die fünf Weisen der zeitgeistigen Modewelle, in dem sie vor allem Investitionen in das Bildungssystem fordern. Höhere Bildungsausgaben mögen ihre Berechtigung haben – wenn die Wirtschaft prosperiert und wenn der Staat ausreichend Finanzen hat. Aber jetzt in der Krise kommt es auf einen anderen, aber sehr wesentlichen Aspekt an:

Aus ökonomischer Sicht sind für einen Einkommenseffekt (steigendes Volkseinkommen) allein Infrastrukturinvestitionen entscheidend. Wenn eine derartige Investition einen Multiplikatoreffekt zur Folge hat (und damit ein mehrfach höheres Einkommen entsteht), bringt sie einen Wirtschaftsaufschwung! Dieser Einkommenseffekt kann allerdings bei steigenden Bildungsausgaben – die der Sachverständigenrat ausdrücklich fordert – erst Jahre später (genauer noch – Schülergenerationen danach) eintreten.

Nach einer ersten Sichtung des diesjährigen Sachverständigen Gutachtens bleibt festzustellen, daß die fünf Weisen sich Anfängerfehler leisten, die sie ihren Erstsemester-Studenten ankreiden müßten. Wie werden diese Studenten von heute den Anforderungen der Zukunft wohl gerecht werden können?

In den wesentlichen Ausführungen erweist sich, daß ihr sogenanntes Gutachten kein Sachverständigengutachten, sondern ein Gefälligkeitsgutachten ist.

© www.hpatzak.de

16.11.2008